

Vorbericht

zum Haushalt der Stadt Baden-Baden für das Haushaltsjahr 2011

1. Allgemeine Übersicht

Der Haushalt 2011 weist Einnahmen in folgender Höhe aus:

	2011	2010	Abw.	
Steuern, Zuweisungen	87.770 T€	89.450 T€	-1.680 T€	-1,9%
Verwaltung u. Betrieb	65.595 T€	63.692 T€	1.903 T€	3,0%
Sonstige Finanzeinnahmen	39.191 T€	35.476 T€	3.715 T€	10,5%
Verwaltungshaushalt	<u>192.557 T€</u>	<u>188.618 T€</u>	3.939 T€	2,1%
Vermögenshaushalt	24.394 T€	15.424 T€	8.970 T€	58,2%
Summe Einnahmen	<u>216.952 T€</u>	<u>204.042 T€</u>	12.910 T€	6,3%

Die Ausgaben im Haushalt 2011 entwickeln sich wie folgt:

	2011	2010	Abw.	
Personalausgaben	45.676 T€	45.947 T€	-271 T€	-0,6%
Sächl. Verw. u. Betriebsaufwand	90.017 T€	88.251 T€	1.766 T€	2,0%
Zuweisungen u. Zuschüsse	31.542 T€	30.225 T€	1.317 T€	4,4%
Sonst. Finanzausgaben	25.321 T€	24.195 T€	1.126 T€	4,7%
Verwaltungshaushalt	<u>192.557 T€</u>	<u>188.618 T€</u>	3.939 T€	2,1%
Vermögenshaushalt	24.394 T€	15.424 T€	8.970 T€	58,2%
Summe Ausgaben	<u>216.952 T€</u>	<u>204.042 T€</u>	12.910 T€	6,3%

Das Haushaltsvolumen erhöht sich im Verwaltungshaushalt um 3,939 Millionen € dies entspricht einer Zunahme von 2,1 Prozent. Das Volumen im Vermögenshaushalt erhöht sich um 8,970 Millionen € dies entspricht einer Zunahme von 58,2 Prozent.

Insgesamt erhöht sich das Haushaltsvolumen um 12,910 Millionen €

Gesamtsituation:

Bereits in den vergangenen Jahren hat die Verwaltung darauf hingewiesen, dass der städtische Haushalt ein strukturelles Defizit aufweist. So wird das Haushaltsjahr 2010 nicht ohne eine Kreditaufnahme in Höhe von 2 Millionen € (Nettonullverschuldung) abzuschließen sein. Der Haushalt 2011 sieht eine Kreditaufnahme in Höhe von 5 Millionen € und eine Rücklagenentnahme in Höhe von 10,77 Millionen € vor um den Haushalt auszugleichen. Dabei muss der Vermögenshaushalt 9,7 Millionen € dem Verwaltungshaushalt zuführen, damit der laufende Betrieb finanziert werden kann.

Der Haushalt 2011 sieht eine strikte Ausgabendisziplin vor. Dass das Volumen des Verwaltungshaushalts um 2,1 % steigt, hängt lediglich mit einer höheren inneren Verrechnung der Serviceleistungen und der kalkulatorischen Kosten (gleichen sich in Einnahmen und Ausgaben aus) und gestiegenen Sozialleistungen zusammen. Die Ausgaben für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen wurden trotz zusätzlicher Mittel für das Straßensanierungskonzept in Summe zurückgefahren und auch die Personalausgaben steigen trotz Tarifierhöhungen und höheren Umlagen nicht.

Neben einer strikten Kostenkontrolle ist eine Verbesserung der Haushaltssituation auch auf der Einnahmenseite notwendig. Die Beschlüsse des Bundes der letzten Jahre zur Reduzierung der Steuern wirken sich auch bei den Kommunen aus. Hinzu kommt, dass bedingt durch die Finanzkrise die Steuereinnahmen nicht so kontinuierlich mit einem Wirtschaftswachstum steigen, wie sich auch die Kostenseite entwickelt. Von daher ist es aus Sicht der Verwaltung unabdingbar, auch die Einnahmensituation zumindest moderat zu verbessern. Dabei soll der Hebesatz bei der Gewerbesteuer nicht angehoben werden. In den Haushalt eingearbeitet sind jedoch eine erhöhte Grundsteuer und eine Anhebung der Kurtaxe, sowie Anpassungen bei Gebühren, die nicht kostendeckend sind.

Trotzdem fehlen zum Ausgleich des Haushaltes 2011 insgesamt noch 15,7 Millionen € Ein wesentlicher Faktor sind dabei die Schlüsselzuweisungen des Landes, die aufgrund der hohen Gewerbesteuer 2009, von 17,8 auf 9,0 Millionen € zurückgehen. Rechnet man diesen Effekt heraus, verbleibt immer noch ein Defizit in Höhe von ca. 7 Millionen €. Ob in der Zukunft mit dauerhaft höheren Steuereinnahmen in dieser Höhe zu rechnen ist, ist fraglich. Zusätzlich können die notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen auf Dauer nicht auf einem so niedrigen

Niveau belassen werden. Um in den nächsten Jahren nicht drastische Steuererhöhungen vornehmen zu müssen, schlägt die Verwaltung vor, bereits mit dem Haushalt 2011 moderate Anpassungen vorzunehmen.

2. Verwaltungshaushalt

2.1 Steuern und Zuweisungen

Die Entwicklung der Steuern und Zuweisungen stellt sich wie folgt dar:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>	
Steuern, Zuweisungen:				
Grundsteuer	12.410 T€	11.440 T€	970 T€	8,5%
Gewerbsteuer	32.000 T€	29.000 T€	3.000 T€	10,3%
Einkommensteuer	20.730 T€	18.620 T€	2.110 T€	11,3%
Umsatzsteuer	3.515 T€	3.440 T€	75 T€	2,2%
Andere Steuern	1.880 T€	1.376 T€	504 T€	36,6%
Schlüsselzuweisungen (FAG)	8.993 T€	17.756 T€	-8.763 T€	-49,4%
Zuw. vom Land incl. Grunderwerbst.	5.870 T€	5.687 T€	183 T€	3,2%
Familienleistungsausgleich	2.020 T€	1.790 T€	230 T€	12,8%
Netto-Entl. Wohngeld	352 T€	341 T€	11 T€	3,2%
	<u>87.770 T€</u>	<u>89.450 T€</u>	-1.680 T€	-1,9%

Im Bereich der Steuern und Zuweisungen steigt die Grundsteuer von 11,4 auf 12,4 Millionen €. Die Mehreinnahmen in Höhe von 1,0 Millionen € werden durch eine Erhöhung der Grundsteuer von 455 v.H. auf 490 v.H. erreicht. Angesichts der Tatsache, dass die Grundsteuer aus dem Wert des Objektes (Einheitswert) errechnet wird und diese Werte in der Regel nicht angepasst werden, ist diese moderate Anpassung in Höhe von 9,8 % angemessen. Ansonsten verliert die Grundsteuer entsprechend der Inflation jährlich an Wert (Inflation seit 2004 laut Verbraucherpreisindex rund 10 %). Damit erreicht die Grundsteuer wertmäßig lediglich knapp wieder die Höhe der letzten Anpassung 2004.

Der Ansatz für die Gewerbesteuer wurde von 29 Millionen € auf 32 Millionen € angehoben. Hintergrund dieser Annahme ist, dass die Verwaltung von einem sich tragenden wirtschaftlichen Aufschwung ausgeht, der sich auch in der Gewerbesteuer widerspiegelt.

Die Ansätze für die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer wurden entsprechend der jüngsten Steuerschätzung und dem Haushaltserlass des Landes errechnet.

Die anderen Steuern steigen von 1,4 auf 1,9 Millionen € Anlass für diese Steigerung ist, dass die Umstellung der Vergnügungssteuer, die in Baden-Baden im Jahr 2010 beschlossen wurde, zu einer Steigerung um ca. 500.000 € führen wird.

Die Schlüsselzuweisungen sinken stark von 17,8 auf 9,0 Millionen € Darin sind zwei Effekte berücksichtigt, zum einen die hohe Gewerbesteuer 2009 der Stadt Baden-Baden, zum anderen die niedrigeren Kopfbeträge aufgrund niedrigerer Steuereinnahmen aller Kommunen.

2.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb entwickeln sich wie folgt:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>	
Verwaltung und Betrieb				
Gebühren	8.049 T€	7.134 T€	915 T€	12,8%
Verkauf, Mieten, Pachten	8.341 T€	8.576 T€	-235 T€	-2,7%
Erstattungen f. Ausgaben VwHH	6.728 T€	6.842 T€	-114 T€	-1,7%
Serviceleistungen	18.365 T€	17.768 T€	597 T€	3,4%
Zuw. u. Zusch. für lfd. Zwecke	22.088 T€	21.230 T€	858 T€	4,0%
Erstattungen des Bundes	2.025 T€	2.129 T€	-104 T€	-4,9%
Leistungserstattung (KdU)	0 T€	0 T€	0 T€	
	<u>65.595 T€</u>	<u>63.692 T€</u>	1.903 T€	3,0%

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb steigen von 63,7 auf 65,6 Millionen €

Im Bereich der Gebühren kommt es zu einem Anstieg von 7,1 auf 8,0 Millionen € da sowohl die Friedhofsgebühren angepasst als auch die Kurtaxe auf 3,20 € pro Übernachtung (ab 2013 auf 3,50 €) erhöht wird.

Die Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten gehen um rund 3 % zurück. In dem Ansatz hier ist berücksichtigt, dass die Ersätze im Bereich Forst rückläufig sind, wie in dessen Wirtschaftsplan auch ausgewiesen ist. Zudem sinken die externen Erlöse des Baubetriebshofes durch die Übertragung der Schlammsaugwagen an den Eigenbetrieb Umwelttechnik.

Die Erstattungen für Ausgaben des Verwaltungshaushaltes sinken leicht von 6,8 auf 6,7 Millionen € dies vor dem Hintergrund, dass die Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für Personalkostenersätze zurückgehen.

Die Serviceleistungen wurden neu kalkuliert und dem höheren Kostenniveau angepasst. Sie steigen daher von 17,8 auf 18,3 Millionen € gleichen sich im Rahmen des Verwaltungshaushaltes in Einnahmen und Ausgaben jedoch aus.

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke steigen von 21,2 auf 22,1 Millionen € Hauptgrund hierfür ist die Verlängerung des Vertrages mit dem Land Baden-Württemberg im Bereich der BKV.

2.3 Sonstige Finanzeinnahmen

Die sonstigen Finanzeinnahmen stellen sich wie folgt dar:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>	
Sonstige Finanzeinnahmen				
Zinseinnahmen	385 T€	650 T€	-265 T€	-40,8%
Gewinnanteile	4.011 T€	3.883 T€	128 T€	3,3%
Ersatz von sozialen Leistungen	1.624 T€	1.688 T€	-64 T€	-3,8%
Weitere Finanzeinnahmen	1.567 T€	1.560 T€	7 T€	0,4%
Kalkulatorische Einnahmen	21.893 T€	21.148 T€	745 T€	3,5%
Zuführung vom VmHH	9.712 T€	6.547 T€	3.165 T€	48,3%
	<u>39.191 T€</u>	<u>35.476 T€</u>	3.715 T€	10,5%

Im Bereich der sonstigen Finanzeinnahmen steigen diese von 35,5 auf 39,2 Millionen € Dies jedoch im Wesentlichen nur deshalb, weil sich die Zuführung vom Vermögenshaushalt nochmals von 6,5 auf 9,7 Millionen € erhöht hat.

Hingegen sinken die Zinseinnahmen aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus auf 385.000 €

Die Gewinnanteile steigen insgesamt auf 4 Millionen € darin ist berücksichtigt, dass der Gewinn der Stadtwerke von 840.000 € auf 976.000 € leicht ansteigt, jedoch bei Weitem nicht mehr das Niveau erreicht, wie in den letzten Jahren.

Der Ersatz von sozialen Leistungen bleibt annähernd konstant, ebenso die weiteren Finanzeinnahmen.

Die kalkulatorischen Einnahmen beinhalten die kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen. Sie steigen von 21,1 auf 21,9 Millionen €

2.4 Personalausgaben

Der Haushaltsplan 2011 sieht für die Stadtverwaltung Baden-Baden unter Berücksichtigung einer globalen Minderausgabe in Höhe von 500.000 € Personalausgaben im Umfang von 45.676.100 € und damit eine Verringerung gegenüber dem Haushaltsansatz 2010 um 271.000 € = 0,6 v.H. vor.

Einerseits ergeben sich gegenüber dem Haushaltsansatz für 2010 folgende Belastungen:

- Schaffung von 3,3 neuen Personalstellen (ohne Ausweisung von Altersteilzeitfällen)
- Gewährung einer Einmalzahlung in Höhe von 240 € an Beschäftigte und Tarifsteigerung um 0,6 v.H. zum 01.01.2011 und weiteren 0,5 v.H. zum 01.08.2011
- Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,6 v.H.
- Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 v.H.
- Erhöhung der allgemeinen Umlage (Versorgungsumlage für Beamte/innen) um 1,0 v.H.
- ausstehende Besoldungserhöhung für Beamte/innen (im Haushaltsansatz eingerechnet ist eine Erhöhung von 1,5 v.H.)
- Erhöhungen durch personenbedingte Veränderungen (Stufensteigerungen, Änderungen im Familienzuschlag, Neubewertung von Stellen, die eine Höhergruppierung bzw. Beförderung nach sich ziehen)

Andererseits ist es gelungen, 17,1 Personalstellen (ohne Wegfall von Altersteilzeitfällen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses) abzubauen. Unter Berücksichtigung der genannten zusätzlichen Ausgaben ergibt sich aufgrund des erzielten Stellenabbaues eine Reduzierung der Personalausgaben um 0,6 v.H.

2.5 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Die Steigerung beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand gliedert sich wie folgt:

Sächl. Verw. u. Betriebsaufwand	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>	
Grundstücksunterhaltung	12.792 T€	13.232 T€	-440 T€	-3,3%
Geräte, Ausstattungen	586 T€	588 T€	-2 T€	-0,3%
Mieten und Pachten	5.801 T€	5.780 T€	21 T€	0,4%
Bewirtschaftungskosten	4.849 T€	4.721 T€	128 T€	2,7%
Haltung von Fahrzeugen	1.045 T€	1.043 T€	2 T€	0,2%
Aufwendungen f. Beschäftigte	366 T€	389 T€	-23 T€	-5,9%
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	9.305 T€	8.720 T€	585 T€	6,7%
Steuern, Geschäftsausgaben	4.616 T€	4.285 T€	331 T€	7,7%
Erstattung v. Vw.u.Betriebsaufwand	2.493 T€	2.338 T€	155 T€	6,6%
Serviceleistungen	18.365 T€	17.768 T€	597 T€	3,4%
Kalkulatorische Kosten	21.904 T€	21.148 T€	756 T€	3,6%
Leistungen KdU	7.550 T€	7.800 T€	-250 T€	-3,2%
Leistungen zur Eingliederung	213 T€	284 T€	-71 T€	-25,0%
Einmalige Leistungen	135 T€	155 T€	-20 T€	-12,9%
	<u>90.017 T€</u>	<u>88.251 T€</u>	1.766 T€	2,0%

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand steigt insgesamt von 88,3 auf 90,0 Millionen € Hierin berücksichtigt sind jedoch höhere Serviceleistungen und kalkulatorische Kosten mit einer Steigerung von insgesamt 1,25 Millionen € Bereinigt man den Gesamtaufwand um diesen Effekt, so steigen die Kosten lediglich auf 88,7 Millionen €

Die Grundstücksunterhaltung wurde etwas zurückgefahren. Sie sinkt von 13,2 auf 12,8 Millionen € Die laufenden Unterhaltungsarbeiten werden aufrechterhalten, die unregelmäßig notwendigen Sondermaßnahmen werden von 4,3 Millionen € auf 3,7 Millionen € reduziert, obwohl die Maßnahmen im Bereich Tiefbau (insbesondere Straßen) von 0,2 Millionen € auf 1,4 Millionen € steigen. Hier wurde nach Erstellung des Haushaltsentwurfs zu den Haushaltsberatungen eine Nachmeldung von 1,3 Millionen Euro für das Straßensanierungskonzept aufgenommen. Auch in den kommenden Jahren muss im Bereich der Straßenunterhaltung mit erhöhten Kosten gerechnet werden. Bei den übrigen Sondermaßnahmen (insbesondere Hochbau, Außen- und Grünanlagen) sind im Wesentlichen nur noch Maßnahmen enthalten, die der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht dienen. Sie sinken dementsprechend auch von 4,1 Millionen € auf 2,3 Millionen €

Die Kosten für Geräte und Ausstattungen sowie Mieten und Pachten bleiben annähernd konstant. Die Bewirtschaftungskosten steigen leicht von 4,7 auf 4,8 Millionen € Die Erfahrungswerte der letzten Jahre zeigen, dass dieser Ansatz auskömmlich sein müsste.

Ebenfalls sind der Aufwand für die Haltung von Fahrzeugen und die Aufwendungen für Beschäftigte auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Ausgaben für Verwaltung und Betrieb steigen von 8,7 auf 9,3 Millionen € Hierin enthalten ist ein einmaliger Ansatz von 30.000 € für die 50-jährige Partnerschaft mit Menton. Der wesentliche Grund für die Kostensteigerung sind erhöhte Aufwendungen in den Bereichen Ganztageschule, Kernzeitenbetreuung und Beförderungskosten sowie eine Aufstockung der Mittel für den Winterdienst.

Ebenfalls steigen die Steuern und Geschäftsausgaben von 4,3 auf 4,6 Millionen € Grund hierfür sind erhöhte Aufwendungen im Bereich der Planungen. So ist es notwendig im Rahmen der Brückensanierungen den Hindenburgplatz neu zu beplanen. Ebenfalls sind Ausgaben vorgesehen für die Sanierung und für den Wettbewerb am Augustaplatz. Die Ansätze enthalten weiter Mittel für die Schulentwicklungsplanung und den Amokschutz an den Schulen. Weiterhin wurde ein Ansatz aufgenommen für Gutachterkosten im Rahmen des Weltkulturerbes und die Restabwicklung von Baden-Baden 2020.

Die Leistungen für die Kosten der Unterkunft sinken von 7,8 auf 7,55 Millionen € Hier geht die Verwaltung in Absprache mit dem Jobcenter davon aus, dass sich die Zahl der Arbeitslosengeld II Empfänger im Jahr 2011 reduzieren wird.

2.6 Zuweisungen und Zuschüsse

Zuweisungen und Zuschüsse stellen sich wie folgt dar:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>		
Zuweisungen u. Zuschüsse				
Zuschüsse für laufende Zwecke	7.477 T€	7.343 T€	134 T€	1,8%
Zuwendungen für lfd. Zwecke	1.352 T€	989 T€	363 T€	36,7%
Sonst. Zuwendungen an übr. Bereich	524 T€	501 T€	23 T€	4,6%
Sozialleistungen	22.189 T€	21.391 T€	798 T€	3,7%
	<u>31.542 T€</u>	<u>30.225 T€</u>	1.317 T€	4,4%

Die Zuweisungen und Zuschüsse steigen insgesamt von 30,2 auf 31,5 Millionen €

Dabei bleiben die Zuschüsse für laufende Zwecke mit 7,5 Millionen € annähernd konstant. Der größte Einzelbetrag hierbei sind die Zuschüsse für die Kindergärten, dieser steigt von 4,8 auf 5,3 Millionen €. Da die Bauunterhaltung der Kindergärten freier Träger dem selben Maßstab unterstellt wurde wie städtische Einrichtungen (nur das unabdingbar notwendige), konnte der Gesamtbetrag auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Die Zuwendungen für laufende Zwecke steigen von 1 Million € auf 1,4 Millionen €. Grund hierfür ist, dass die Stadt Baden-Baden im Jahr 2011 erstmals einen Ausgleichsbetrag nach § 22 FAG (Lastenausgleich durch Auflösung des Landeswohlfahrtsverbandes) in Höhe von 544.000 € zu bezahlen hat.

Die sonstigen Zuwendungen an den übrigen Bereich sind ebenfalls annähernd konstant. Hierunter werden insbesondere die Wohnheime bei der EurAka veranschlagt. Ein neuer Ansatz wurde gebildet für einen Zuschuss zum Citymanager, dabei wurde ein Teil der Mittel vom Zuschuss zur BBI umgesetzt.

2.7 Sozialkosten

Die Nettobetrachtung aller Erstattungen und Sozialleistungen (z.B. Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kindergärten, Jugendbegegnungsstätten) weist folgende Tabelle aus:

Sozial-Netto-Kosten	2007 Re. Erg.	2008 Re.Erg.	2009 Re.Erg.	2010 Haushalt	2011 Haushalt
Zuw. vom Land (EP 4 Grp. 171)	-2.108	-3.547	-3.944	-4.055	-4.535
Ersätze (24-25)	-2.193	-1.837	-1.743	-1.688	-1.624
Erstattungen (092)				-341	-352
Erstattungen Bund (191-192)	-2.980	-2.749	-2.771	-2.079	-2.025
Kosten d. Unterkunft (691-693)	8.026	7.782	7.975	8.239	7.897
Soziale Leistungen (73-79)	20.628	20.385	21.035	21.391	22.155
Landeswohlfahrtsverband (832)	495	194	178	192	180
Netto-Kosten	<u>21.868</u>	<u>20.228</u>	<u>20.730</u>	<u>21.659</u>	<u>21.696</u>

Die Sozial-Netto-Kosten steigen im Haushaltsjahr 2011 durch den Umstand an, dass die Stadt Baden-Baden erstmals einen Ausgleichsbetrag nach § 22 FAG zu bezahlen hat.

2.8 Sonstige Finanzausgaben

Die sonstigen Finanzausgaben haben folgende Entwicklung:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>	
Sonstige Finanzausgaben				
Zinsausgaben	1.010 T€	980 T€	30 T€	3,1%
Gewerbesteuerumlage	5.895 T€	5.419 T€	476 T€	8,8%
Finanzausgleichsumlage	17.487 T€	16.753 T€	734 T€	4,4%
Zuweisung an übrigen Bereich	30 T€	30 T€	0 T€	0,0%
Umlagen an Gem./Gemeindeverbände	180 T€	192 T€	-12 T€	-6,3%
Umlagen an Zweckverbände	70 T€	71 T€	-1 T€	-1,4%
Weitere Finanzausgaben	250 T€	250 T€	0 T€	0,0%
Deckungsreserve	400 T€	400 T€	0 T€	0,0%
Allgem. Zuführung zum VmHH	0 T€	100 T€	-100 T€	-100,0%
Zuführung zu Sonderrücklagen	0 T€	0 T€	0 T€	
	<u>25.321 T€</u>	<u>24.195 T€</u>	1.126 T€	4,7%

Die sonstigen Finanzausgaben steigen von 24,2 auf 25,3 Millionen € Gründe hierfür sind insbesondere die Gewerbesteuerumlage und die Finanzausgleichsumlage, die die Stadt Baden-Baden zu bezahlen hat und sich aus dem Rechnungsergebnis 2009 ergibt.

Die Zinsausgaben steigen leicht auf 1 Million € insbesondere vor dem Hintergrund, dass für das Jahr 2011 eine Kreditaufnahme von 5 Millionen € zum Ausgleich des Haushaltes notwendig sein wird. Da die Kreditaufnahme voraussichtlich nicht in der ersten Jahreshälfte notwendig sein wird, konnte der Ansatz mit einer moderaten Erhöhung gebildet werden.

Die Zuweisungen an den übrigen Bereich sind konstant mit 30.000 € und beinhalten die Zahlung an die Krippe Lichtental.

Die Umlage an Gemeindeverbände in Höhe von 180.000 € beinhaltet die Zahlung für die Restaufgaben des KVJS (Kommunalverband für Jugend und Soziales).

Bei den weiteren Finanzausgaben in Höhe von 250.000 € handelt sich es um Zahlungen aus der Verzinsung von Gewerbesteuerrückforderungen.

Die Deckungsreserve wurde erneut in einer Höhe von 400.000 € gebildet, da sich gezeigt hat, dass die Ansätze des Haushaltes knapp kalkuliert sind und ein Ansatz für Unvorhergesehenes notwendig ist.

3. Vermögenshaushalt

3.1 Einnahmen

Die Einnahmen des Vermögenshaushaltes gliedern sich wie folgt:

Einnahme Vermögenshaushalt	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>	
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	0 T€	100 T€	-100 T€	-100,0%
Zuführung zu Sonderrücklagen	0 T€	0 T€	0 T€	
Entnahme aus Allg. Rücklage	10.683 T€	7.034 T€	3.649 T€	51,9%
Rückflüsse von Darlehen	78 T€	72 T€	6 T€	8,3%
Veräußerung des Anlagevermögens	3.010 T€	3.307 T€	-297 T€	-9,0%
Beiträge und ähnl. Entgelte	405 T€	405 T€	0 T€	0,0%
Zuweisungen vom Bund	0 T€	20 T€	-20 T€	-100,0%
Zuweisungen vom Land	5.139 T€	941 T€	4.198 T€	446,1%
Zuweisungen von Gemeinden	0 T€	0 T€	0 T€	
Zuweisungen vom sonst. Bereich	80 T€	25 T€	55 T€	220,0%
Rückzahlungen Dritter	0 T€	20 T€	-20 T€	-100,0%
Einnahmen aus Krediten	5.000 T€	3.500 T€	1.500 T€	42,9%
	<u>24.395 T€</u>	<u>15.424 T€</u>	8.971 T€	58,2%

Die Einnahmen des Vermögenshaushalts belaufen sich 2011 auf insgesamt 24,4 Millionen €
Die wesentlichen Posten sind eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage von 10,7 Millionen €
Veräußerungen des Anlagevermögens (bebaute und unbebaute Grundstücke) von 3,0 Millionen €
und eine Kreditaufnahme von 5 Millionen €

Bei den Beiträgen und Entgelten in Höhe von 405.000 € handelt es sich im Wesentlichen um Erschließungsbeiträge.

Die Zuweisungen vom Land in Höhe von 5,1 Millionen € beinhalten die Zahlung für das PPP Projekt Schulen in der Cité und sind gleichzeitig im Vermögenshaushalt auf der Ausgabenseite veranschlagt.

3.2 Ausgaben

Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes 2010 setzen sich wie folgt zusammen:

Ausgaben Vermögenshaushalt	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>	
Zuführung zum Vw-Haushalt	9.712 T€	6.547 T€	3.165 T€	48,3%
Zuführung an Allg. Rücklage	0 T€	0 T€	0 T€	
Zuführung an Sonderrücklage	55 T€	55 T€	0 T€	0,0%
Gewährung von Darlehen	18 T€	0 T€	18 T€	
Erwerb von Beteiligungen	136 T€	907 T€	-771 T€	-85,0%
Erwerb von Grundstücken	1.190 T€	1.000 T€	190 T€	19,0%
Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	1.354 T€	1.235 T€	119 T€	9,6%
Baumaßnahmen	4.053 T€	3.104 T€	949 T€	30,6%
Tilgung von Krediten	2.207 T€	2.029 T€	178 T€	8,8%
Zuweisung an kom. Sonderrechnung	0 T€	0 T€	0 T€	
Zuw. an öffentl. Sonderrechnungen	456 T€	456 T€	0 T€	0,0%
Zuw. an private Unternehmen	5.215 T€	89 T€	5.126 T€	5759,6%
	<u>24.395 T€</u>	<u>15.424 T€</u>	8.971 T€	58,2%

Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes belaufen sich ebenfalls auf 24,4 Millionen €

Größter Einzelbetrag ist die Zuführung zum Verwaltungshaushalt in Höhe von 9,7 Millionen € Daneben ist eine Zuführung an die Sonderrücklage für Stellplätze in Höhe von 55.000 € pauschal veranschlagt. Die Gewährung von Darlehen beinhaltet zwei Darlehen an Tennisclubs für die Errichtung von Parkplätzen.

Der Erwerb von Beteiligungen in Höhe von 136.000 € beinhaltet insbesondere die Kapitalumlage an den Zweckverband Hochwasserschutz.

Der Erwerb von Grundstücken wird jährlich pauschal veranschlagt. Er ist in den Haushalt 2011 mit 1.190.000 € aufgenommen. Davon sind 400.000 € für die Kosten der Erschließung der städtischen Grundstücke im Baugebiet „Langenäcker“ in Ebersteinburg vorgesehen.

Beim Erwerb von beweglichem Anlagevermögen handelt es sich insbesondere um Ersatzbeschaffungen über den gesamten Haushalt. Zu erwähnen sind der Erwerb von Hardware mit 150.000 € ein Fahrzeug für die Feuerwehr mit 394.000 € Schulausrüstung mit 355.000 € Gerätschaften für den Baubetriebshof (insbesondere Winterdienstausrüstung) mit 182.000 € sowie Maschinen beim Forst für 117.000 €

Bei den Baumaßnahmen in Höhe von 4,1 Millionen € sind insbesondere der Ausbau des Kongresshauses, die Heizungsanlage der Realschule, eine erste Rate für das Verkehrsleitsystem sowie eine erste Rate für den Austausch der Straßenbeleuchtung vorgesehen.

Die Tilgung von Krediten steigt von 2 auf 2,2 Millionen € aufgrund zu tätiger Kreditaufnahme.

Die Zuweisung an öffentliche Sonderrechnungen in Höhe von 456.000 € umfasst den Zuschuss an den Baden Airpark.

Die Zuweisungen an private Unternehmen sind wie ausgeführt im Wesentlichen die Durchbuchung der Mittel des Landes für das PPP Projekt in der Cité.

3.3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Haushalt 2011 weist folgende Verpflichtungsermächtigungen aus:

<u>HHSt.:</u>	<u>Betrag:</u>	<u>Zweck:</u>
2.1300.935100-002	50.000 €	Fahrzeugbeschaffung Feuerwehr
2.6300.961000-002	2.925.000 €	Verkehrsleitsystem
2.8662.942000-003	1.500.000 €	Kongresshaus Gesamtmaßnahme

4. Stellenplan

Neben den unter Ziffer 2.4 erwähnten Steigerungen hat der Haushaltsansatz für Personalausgaben in Höhe von 45.676.100 € Belastungen durch unabwendbare Stellenschaffungen auszugleichen. Stellenmehrungen ergeben sich bei:

Haushaltsabschnitt

0250	- Ortsverwaltung Rebland	0,1
2700	- Förderschule für Lernbehinderte	0,1

2930	- Bildungsregion	2,0
2640	- Kindergärten - Betriebsträgerschaft Stadt	0,4
4666	- Familienzentrum Cité	0,7

Eine Entlastung des Personalhaushalts wird durch den Abbau von Personalstellen ermöglicht.
Stelleneinsparungen ergeben sich bei:

Haushaltsabschnitt

0230	- Rechtsamt	0,2
0630	- Verwaltungsgebäude	0,3
0800	- Personal- und Organisationsamt - Einrichtungen für Verwaltungsangehörige	4,0 (Leerstellen)
2150	- Theodor-Heuss Grund- und Hauptschule	1,0
2153	- Grund- und Hauptschule Haueneberstein	0,8
2310	- Markgraf-Ludwig-Gymnasium	0,2
4040	- Jobcenter	6,6
7700	- Baubetriebshof	4,0 (Verlagerung zum Eigenbetrieb Umwelttechnik)

Für Beschäftigte, die sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befinden, sind zusätzlich 4,0 Stellen auszuweisen. Dagegen können nach Beendigung von Altersteilzeitarbeitsverhältnissen 4,9 Stellen entfallen.

Der Stellenplan 2011 gestaltet sich im Vergleich zu 2010 folgendermaßen:

	2010	2011	
Beamte	134	137,0	+ 3,0
Beschäftigte	692	674,3	- 17,7
insgesamt	826	811,3	- 14,7

5. Vermögens- und Schuldenübersicht

Die Vermögens- und Schuldenübersicht, das heißt die Entwicklung der Rücklagen und der Stand der Schulden sind dem Haushaltsplan als Anlage beigelegt.

5.1 Rücklagen

Der Stand der Rücklage entwickelt sich wie folgt:

01.01.2000	11.945.824 €
01.01.2001	5.194.000 €
01.01.2002	5.194.000 €
01.01.2003	3.484.000 €
01.01.2004	3.876.000 €
01.01.2005	3.781.000 €
01.01.2006	12.650.800 €
01.01.2007	15.715.600 €
01.01.2008	11.498.000 €
01.01.2009	20.370.000 €
01.01.2010	23.451.800 €

Mit dem Haushalt 2010 war eine Rücklagenentnahme von 7 Millionen € geplant, auf die voraussichtlich verzichtet werden kann. In 2010 wurde der zweckgebundene Anteil von 1,1 Millionen € für die Anschlussfinanzierung des Festspielhauses ausbezahlt. Somit befinden sich zum 01.01.2011 voraussichtlich ca. 22,3 Millionen € in der Rücklage.

5.2 Schulden

Der Stand der Schulden zum Ende der Haushaltsjahre hat sich wie folgt entwickelt:

01.01.2001	52.557.000 €
01.01.2002	64.881.706 €
01.01.2003	73.122.200 €
01.01.2004	77.291.000 €
01.01.2005	73.291.000 €

01.01.2006	78.065.419 €
01.01.2007	29.334.000 €(Trennung von Eigenbetrieb Umwelttechnik)
01.01.2008	27.300.000 €
01.01.2009	24.962.000 €
01.01.2010	24.980.000 €

Im Haushaltsplan für das Jahr 2010 ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 3,5 Mio. € vorgesehen. Ein Betrag in Höhe von 2 Mio. € wurde im Haushaltsvollzug zur Sicherung der künftigen Liquidität aufgenommen. Dabei konnte langfristig ein niedriger Zinssatz gesichert werden.

Somit beträgt der Stand der Kredite / Schulden zum Ende 2010 voraussichtlich rund 25 Mio. €

6. Mittelfristige Finanzplanung

Die Verwaltung stellt eine Finanzplanung auf, um mittelfristig einen Überblick für die künftige Haushaltsführung zu bekommen. Sinn und Zweck dieser Finanzplanung ist es, die Haushaltswirtschaft nicht nur im Planungsjahr zu betrachten, sondern diese in einen längerfristigen Rahmen einzuordnen. Es soll eine grundsätzliche Aussage über die längerfristige Entwicklung getätigt werden. Auf Grund der erheblichen Änderungen, die die kommunale Haushaltswirtschaft beeinflussen, stellt die mittelfristige Finanzplanung natürlich nur eine Prognose dar. Sie ist daher auch rechtlich unverbindlich. Die Finanzplanung ist aber auch Grundlage und Rahmen für die künftigen Haushaltspläne. Die Finanzplanung soll den Haushaltsausgleich mittelfristig sichern und damit die kommunale Aufgabenerfüllung. Eine verbindliche Festlegung der Haushaltswirtschaft erfolgt aber nach dem Grundsatz der Jährlichkeit erst in den Haushaltsplänen.

6.1 Einnahmen Finanzplanung

Die Verwaltung geht von folgender Entwicklung der Einnahmen im Verwaltungshaushalt bis 2014 aus:

Verwaltungshaushalt

Einnahmen	2010	2011	2012	2013	2014
Steuern, Zuweisungen	89.450	87.770	95.768	98.235	100.890
Verwaltung und Betrieb	63.692	65.595	66.700	68.070	69.280
Sonst. Finanzeinnahmen	28.929	29.480	30.240	30.890	31.550
Zuführung vom VmHH	6.547	9.712	2.144	0	0
	188.618	192.557	194.852	197.195	201.720

Die mittelfristige Finanzplanung geht von einer zukünftig leicht steigenden Gewerbesteuer aus. Die Verwaltung erwartet, dass der Ansatz von 32 Millionen €2011 erreicht wird und sich bis 2014 auf 34 Millionen €erhöht. Die Entwicklung des Anteils an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer orientiert sich am Haushaltserlass. Wesentliche Trendwende im Bereich der Steuern und Zuweisungen sind die Schlüsselzuweisungen, die 2012 wieder ein leicht unterdurchschnittliches Niveau erreichen und sich bis 2014 weiter stabilisieren.

Die Einnahmen aus Gebühren steigen im Finanzplanungszeitraum weiter an, da die allgemeine Kostenentwicklung auch in Gebührenkalkulationen Berücksichtigung finden wird. Im Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse vom Land geht die Verwaltung davon aus, dass sich die Finanzlage der Kommunen stabilisiert und damit auch dieser Betrag sich in den nächsten Jahren erhöht.

Insgesamt ist im Jahr 2012 noch eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von ca. 2,1 Millionen €notwendig, um den Verwaltungshaushalt auszugleichen.

Die Verwaltung geht von folgender Entwicklung der Einnahmen im Vermögenshaushalt bis 2014 aus:

Vermögenshaushalt

Einnahmen	2010	2011	2012	2013	2014
Zuführung vom VwHH	100	0	0	3.047	3.567
Entnahme Rücklage	7.034	10.683	6.420	0	0
Veräußerung Anlagevermögen	3.379	3.088	1.578	1.578	1.578
Beiträge	405	405	155	155	155
Zuweisungen	1.006	5.219	365	215	215
Kredite	3.500	5.000	5.850	1.432	716
	15.424	24.395	14.368	6.427	6.231

Die Einnahmen des Vermögenshaushaltes sehen ab 2013 wieder eine positive Zuführung vom Verwaltungshaushalt vor. Gleichzeitig ist zu prognostizieren, dass ab 2013 keine weitere Entnahme aus der Rücklage mehr notwendig sein wird. Insgesamt geht die Finanzplanung von einer Rücklagenentnahme in den Jahren 2010-2012 in Höhe von 24,1 Millionen € aus. Damit wäre der Bestand der Rücklage unter dem gesetzlichen Minimum. Da die Rücklagenentnahme 2010 geringer ausfällt, kann unterstellt werden, dass die Rücklage bis 2012 ausreichend ist.

Die mittelfristige Finanzplanung geht weiter von Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und von Sachen des Anlagevermögens in Höhe von 1,6 Millionen € jährlich aus. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass es immer schwerer wird, diesen Ansatz zu erreichen, da die so genannten Ersatzdeckungsmittel endlich sind.

Nach der Finanzplanung wird 2012 eine Kreditaufnahme von 5,85 Millionen € notwendig sein, ab dem Jahr 2013 zeichnet sich ein ausgeglichener Haushalt ab, der ohne Rücklagenentnahme und mit einer geringeren Kreditaufnahme als Tilgung auskommt.

6.2 Ausgaben Finanzplanung

Die Verwaltung geht von folgender Entwicklung der Ausgaben im Verwaltungshaushalt bis 2014 aus:

Verwaltungshaushalt

Ausgaben	2010	2011	2012	2013	2014
Personalausgaben	45.947	45.676	46.770	47.700	48.660
Vw.- und Betriebsaufwand	88.251	90.017	91.694	91.870	92.590
Zuweisungen und Zuschüsse	30.225	31.542	31.398	31.998	32.598
Sonst. Finanzausgaben	24.095	25.322	24.990	22.580	24.305
Zuführung zum VmHH	100	0	0	3.047	3.567
	188.618	192.557	194.852	197.195	201.720

Bei den Ausgaben des Verwaltungshaushalts steigen die Personalkosten bis 2014 auf voraussichtlich 48,7 Millionen € Es ist zu unterstellen, dass auch für den öffentlichen Dienst Lohn-erhöhungen ausgehandelt werden, obwohl die öffentlichen Haushalte noch nicht das Einnahmeniveau wie vor der Wirtschaftskrise erreicht haben.

Im sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand der kommenden Jahren ist der erhöhte Aufwand für die Sanierung der Straßen eingepreist, ansonsten bleibt er annähernd konstant auf dem Niveau von 2010 und ist damit voraussichtlich nicht in der Lage, einen darüber hinaus gehenden Instandhaltungsrückstand auszugleichen. Die Finanzplanung unterstellt weiterhin einen Anstieg der Kosten der Unterkunft nach SGB II, hier könnte bei konstanter wirtschaftlicher Weiterentwicklung eine positivere Tendenz möglich sein.

Die Zuschüsse für laufende Zwecke steigen ebenfalls, da Kostenentwicklungen auch hier berücksichtigt werden müssen. Die geplanten Kosten für soziale Leistungen steigen zwischen 2010 und 2014 um ca. 10 %. Damit unterstellt die mittelfristige Finanzplanung, dass die Kostenentwicklung hinter der anderer Kommunen zurückbleibt.

Somit wird der Verwaltungshaushalt ab 2013 voraussichtlich wieder in der Lage sein, eine positive Zuführung zum Vermögenshaushalt zu erwirtschaften.

Die Verwaltung geht von folgender Entwicklung der Ausgaben im Vermögenshaushalt bis 2014 aus:

Vermögenshaushalt

Ausgaben	2010	2011	2012	2013	2014
Zuführung zum VwHH	6.547	9.712	2.144	0	0
Zuf. Zu Sonderrücklage	55	55	55	55	55
Gew. Von Darlehen	0	18	0	0	0
Vermögenserwerb	3.142	2.679	1.658	1.603	1.643
Baumaßnahmen	3.104	4.053	7.555	1.743	1.726
Tilgung	2.030	2.207	2.300	2.350	2.350
Zuweisungen	546	5.671	656	676	457
	15.424	24.395	14.368	6.427	6.231

Im Bereich der Ausgaben des Vermögenshaushalts fallen ab 2013 die Zuführungen zum Verwaltungshaushalt weg. Insgesamt geht die Finanzplanung von konstanten Ausgaben im Bereich des Vermögenserwerbs aus. Die Baumaßnahmen berücksichtigen 2012 das Kongresshaus und das Verkehrsleitsystem.

Die Tilgungsleistungen steigen aufgrund der getätigten Neuverschuldung an.

6.3. Investitionsplanung

Die Planung der Ausgaben im Investitionsprogramm für die Jahre 2010 bis 2014 sowie 2015 fort folgende Jahre, berücksichtigt alle Anmeldungen der Ämter und Dienststellen der Stadtverwaltung Baden-Baden. Der hier ausgewiesene Finanzbedarf ist natürlich erheblich höher als die tatsächlichen finanziellen Möglichkeiten insbesondere vor dem Hintergrund der fraglichen Entwicklung der Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt.

Bei den einzelnen Ansätzen verweist der Vorbericht auf die ausführliche Anlage.

6.4. Entwicklung der Schulden

Es besteht weiterhin die Zielvorgabe, ohne Nettoneuverschuldung auszukommen. Jedoch sind im Moment keine Entwicklungen abzusehen, die eine künftige Kreditaufnahme bis 2013 vermeiden lassen.

Auf der Ausgabenseite sind die Aufgaben auf das notwendigste Maß bereits reduziert, erhebliche Einnahmesteigerungen sind nicht zu erwarten.

7. Eigenbetriebe Stadtwerke und Umwelttechnik sowie Wirtschaftliche Unternehmen

Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 5 der Gemeindehaushaltsverordnung sind dem Haushaltsplan insbesondere die Wirtschaftspläne der Sondervermögen (Eigenbetriebe) sowie der verbundenen Unternehmen beizufügen. Dabei haben diese direkt oder in Anlehnung an das Eigenbetriebsrecht die Ansätze des Wirtschaftsplans zu erläutern. Dies geschieht im jeweiligen Vorbericht. Daher werden dem Haushaltsplan die Wirtschaftspläne dieser Einrichtungen mit beigefügt. Auf den jeweiligen Wirtschaftsplan mit Vorbericht wird an dieser Stelle daher verwiesen.

Die Wirtschaftspläne werden beigefügt für folgende Einrichtungen:

- Eigenbetrieb Stadtwerke
- Eigenbetrieb Umwelttechnik
- Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung Baden-Baden mbH (GSE)
- Entwicklungsgesellschaft Cité mbH (EG Cité)

- Kongresshaus Baden-Baden Betriebsgesellschaft mbH
- Baden-Baden Events GmbH
- Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH
- Forst Service GmbH Baden-Baden-Baden
- Europäische Medien- und Event-Akademie GmbH (EurAka)
- Baden-Baden Award gGmbH
- Krematorium Baden-Baden GmbH
- Gewerbeentwicklung Baden-Baden GmbH
- Gemeinnützige Gesellschaft zum Erwerb und anschließender
Nutzungsüberlassung des Festspielhauses Baden-Baden mbH (gGENF)

Da für die Baden-Baden Events GmbH, die Baden-Baden Award gGmbH und die gGENF kein Aufsichtsrat gebildet wurde, wird deren Wirtschaftsplan zur Beratung und Beschlussfassung mit vorgelegt.

10. Schlussbetrachtung

Im Rahmen der Haushaltsberatung wurden folgende Änderungen beschlossen:

HHStelle	Betrag alt	Betrag neu	Abweichung	Begründung
1.2740.672000	10.800	16.800	6.000	Voraussichtlicher Betriebskostenanteil gemäß Mitteilung des LRA Rastatt
1.2750.672000	28.400	60.000	31.600	Erhöhung Betriebskostenanteil (höherer Anteil Baden-Badener Schüler, 6.400 Euro) + Investitionskostenanteil Dachsanierung (25.200 Euro) lt. Mitteilung des LRA Karlsruhe
1.3310.171100	0	-20.000	-20.000	Landeszuschuss Fit fürs Abi 2011 (bereits eingegangen, bei Planung noch unklar)
1.3330.110000	-490.000	-490.000	0	Anpassung Familienpassrichtlinien, Finanzierung teilweise über Musikschul-Etat
1.3400.632000	44.000	54.000	10.000	Erhöhter Aufwand New Pop Festival aufgrund Tunnelssperrung (Shuttle-Service, Einrichtung von bewachten und beleuchteten P+R-Parkplätzen)
1.3520.100000	-100.000	-95.000	5.000	Gebührenerhöhung nicht zu Jahresbeginn
1.4040.166000	-667.000	-716.400	-49.400	Neuordnung Jobcenter
1.4040.166100	0	-4.500	-4.500	Personalkostenersatzung v. Jobcenter, Auswirkungen Kooperationsvereinbarung
1.4040.676000	340.500	327.000	-13.500	Neuordnung Jobcenter
1.4040.676100	0	2.500	2.500	Pauschalierte Erstattung Personal- u. Sachkosten an Jobcenter, Auswirkungen Kooperationsvereinbarung
1.4641.700000	5.092.500	5.252.500	160.000	erhöhter Aufwand Umsetzung Kindertagesstättenverordnung
1.4820.692000	260.000	212.500	-47.500	Auswirkungen Kooperationsvereinbarung Jobcenter, Verrechnung Schuldnerberatung entfällt
1.4988.780100	40.000	74.000	34.000	Anpassung Familienpassrichtlinien
1.6300.510500	110.000	1.410.000	1.300.000	Sondermaßnahmen Straßensanierung, zusätzliche Mittel
1.6750.679300	1.810.000	1.995.000	185.000	Zusätzliche Verrechnung Winterdienst (vgl. HHSt. 1.7700.169300, Seite 276)
1.7700.130500	-150.000	-10.000	140.000	Übertragung Schlammsaugwagen an Eigenbetrieb Umweltechnik / Anschaffung Großkehrmaschine
1.7700.139100	-480.000	-497.000	-17.000	Übertragung Schlammsaugwagen an Eigenbetrieb Umweltechnik / Anschaffung Großkehrmaschine
1.7700.169300	-4.910.000	-5.095.000	-185.000	Zusätzliche Verrechnung Winterdienst (vgl. HHSt. 1.6750.679300, Seite 256)
1.7700.400000	3.749.700	3.571.500	-178.200	Übertragung Schlammsaugwagen an Eigenbetrieb Umweltechnik / Anschaffung Großkehrmaschine
1.7700.510000	1.250.000	1.215.000	-35.000	Übertragung Schlammsaugwagen an Eigenbetrieb Umweltechnik / Anschaffung Großkehrmaschine
1.7700.510000	1.215.000	1.285.000	70.000	Zusätzliche Mittel Winterdienst (Fuhreleistungen)
1.7700.514000	70.000	15.000	-55.000	Übertragung Schlammsaugwagen an Eigenbetrieb Umweltechnik / Anschaffung Großkehrmaschine
1.7700.514100	30.000	0	-30.000	Übertragung Schlammsaugwagen an Eigenbetrieb Umweltechnik / Anschaffung Großkehrmaschine
1.7700.550000	450.000	417.600	-32.400	Übertragung Schlammsaugwagen an Eigenbetrieb Umweltechnik / Anschaffung Großkehrmaschine
1.7700.550100	24.700	23.900	-800	Übertragung Schlammsaugwagen an Eigenbetrieb Umweltechnik / Anschaffung Großkehrmaschine
1.7700.570000	70.000	185.000	115.000	Zusätzliche Mittel Winterdienst (Aufstockung Streugut)
1.8660.122000	-1.550.000	-1.450.000	100.000	Kurtaxe Erhöhung auf 3,20 statt 3,50 (Erhöhung gestaffelt: 3,50 ab 2013)
1.9000.001000	-12.500.000	-12.250.000	250.000	Grundsteuer 490 v. H. statt 500 v. H.
		Belastung VwH:	1.740.800	
1.9100.280000	-7.971.000	-9.711.800	-1.740.800	Zuführung vom VmH, Ausgleich VwH
2.1100.935000-002	3.900	6.500	2.600	Ersatzbeschaffung Batteriesätze Geschwindigkeitsmessanlage
2.7700.345000-002	0	-150.000	-150.000	Verkaufserlös Schlammsaugwagen
2.7700.935000-002	79.000	90.000	11.000	Ersatzbeschaffung Winterdiensttausrüstung (Räumschild)
2.7700.935000-002	90.000	135.000	45.000	Zusatzbeschaffung Winterdiensttausrüstung: Pflug/Fräse handgeführt
2.7700.935000-002	135.000	167.000	32.000	Zusatzbeschaffung Winterdiensttausrüstung: Streugutbehälter LKW
2.7700.935000-002	167.000	182.000	15.000	Zusatzbeschaffung Winterdiensttausrüstung: GPS-Ausstattung
2.8810.932000-002	400.000	800.000	400.000	Erschließungskosten Langenäcker, Anteil für städt. Grundstücke
2.9100.900000-002	7.971.000	9.711.800	1.740.800	Anpassung Zuf. z. VwH
		Belastung VmH:	2.096.400	
2.9100.310000-001	-8.586.300	-10.682.700	-2.096.400	Entnahme allg. Rücklage, Ausgleich VmH

Baden-Baden, im Februar 2011

(Wolfgang Gerstner)
Oberbürgermeister

(Thomas Eibl)
Stadtkämmerer